

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

Mai 2009

Dr. Ekkehard Rohrer / Markus Russ / Birte Richardt

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 25. bis zum 31. Mai 2009

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Aussichten auf bessere Wahlbeteiligung bei Europawahlen

Nach einer am 26.05. vom Europäischen Parlament veröffentlichten Umfrage ist mit einer Wahlbeteiligung von 49% zu rechnen. In der Eurobarometerumfrage vom Januar und Februar waren es nur 34% die sicher wählen wollten. 6% wollen wahrscheinlich wählen und nur 12% gehen sicher nicht zur Wahl, gegenüber 19% zum Jahresbeginn.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-56317-146-05-22-901-20090526IPR56316-26-05-2009-2009-false/default_de.htm

2. EU-Kommission schlägt integrierte Finanzaufsicht in Europa vor

In einer Mitteilung ersucht die Kommission den Europäischen Rat (18./19.06.) um Unterstützung für die Einsetzung eines neuen Europäischen Rats für Systemrisiken (ESRC) und eines Europäischen Finanzaufsichtssystems (ESFS). Im ESFS werden die bestehenden Ausschüsse der Aufsichtsbehörden durch eine Europäische Bankaufsichtsbehörde, eine Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung und eine Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde ersetzt. Dem ESCR sollen unter dem Vorsitz des EZB-Präsidenten die Präsidenten der nationalen Zentralbanken, die Vorsitzenden der drei neuen Europäischen Aufsichtsbehörden und ein Mitglied der Europäischen Kommission angehören. Die neue Struktur soll ab 2010 arbeitsfähig sein. Parallel zur Mitteilung startete die EU-Kommission eine erneute Konsultation interessierter Kreise bis 15. Juli.

http://ec.europa.eu/internal_market/finances/docs/committees/supervision/communication_may2009/C-2009_715_de.pdf (Mitteilung)

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2009/fin_supervision_may_en.htm (Konsultation)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/251&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

3. Kommission zieht positive „Bilanz der Kommission 2004-2009“

Es sei ihr gelungen, die Funktionsfähigkeit des wiedervereinigten Europas zum Wohle der Bürger auch in einer auf 27 Mitgliedstaaten angewachsenen Union zu erhalten und Stabilität und Wohlstand zu fördern. Auf die Finanz- und Wirtschaftskrise habe sie entschlossen reagiert. Sie habe ein integriertes Konzept zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Sicherung der Energieversorgung auf den Weg gebracht und daran mitgewirkt, die Globalisierung so zu gestalten, dass sie niemanden ausschließt, in geregelten Bahnen verläuft und die europäischen Werte widerspiegelt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/845&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/index_de.htm

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

1. Noch kein Freihandelsabkommen der EU mit Südkorea

Nach Presseberichten kam es beim Gipfeltreffen EU-Korea am 23.05. in Seoul nicht zum Abschluss eines solchen Abkommens, da einige Mitgliedstaaten sich gegen die Zollbefreiung für chinesische Komponenten in koreanischen PKW wandten. Beide Seiten bekräftigten in ihrer gemeinsamen Presseerklärung jedoch den Willen zu einer strategischen Partnerschaft.

<http://www.eu2009.cz/en/news-and-documents/news/eu-republic-of-korea-summit-to-be-held-this-saturday-23877/>

2. Weitere Vertiefung der Zusammenarbeit EU-ASEAN

Am 27. und 28. Mai trafen sich die EU-Außenminister mit ihren Kollegen des ASEAN (Verband Südostasiatischer Nationen) in Phnom Penh. An dem alle zwei Jahre stattfindenden EU-ASEAN-Ministertreffen nahmen diesmal Vertreter der EU, der EU-Mitgliedstaaten und der zehn ASEAN-Staaten (Brunei, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, Birma/Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam) teil.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/834&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/external_relations/asean/index_en.htm

b) Außenhandel

1. Abkommen mit der Schweiz über Handel mit Agrarerzeugnissen

Der Rat fasste einen Beschluss zum Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Änderung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Dieses Abkommen ist am 01.06. in Kraft getreten. Hierdurch erfolgt eine Anpassung der Annexe an die EU-Erweiterung und eine Erweiterung der Kompetenzen des Gemeinsamen Agrarausschusses um regelmäßige Anpassungen zu erleichtern.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/107995.pdf (Council Agri)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st12/st12446-re01.de08.pdf>

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

1. Verhandlungen über Partnerschaftsabkommen der EU mit Irak

Die Europäische Kommission und die irakische Regierung trafen vom 25.-27. 05. zu einer weiteren Runde von Verhandlungen über ein Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zusammen. Es handelt sich um die achte Gesprächsrunde seit Aufnahme der Verhandlungen im November 2006. In der letzten Runde, die Ende Februar in Bagdad stattfand, wurde beschlossen, statt des vorgesehenen Handels- und Kooperationsabkommens ein umfassenderes Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit anzustreben, das jährliche Ministertreffen und die Einsetzung eines Kooperationsrats vorsieht.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/828&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. EU-Zivilschutzmechanismus hilft bei Flutkatastrophe in Tadschikistan

Nach den größten Überschwemmungen seit 50 Jahren stellte Österreich Zelte für etwa 10.000 Vertriebene zur Verfügung. Der Zivilschutzmechanismus entsendet Experten aus Österreich, Tschechien, Lettland und Schweden.

<http://ec.europa.eu/environment/civil/prote/mic.htm>

3. EU bereit zu strukturiertem Dialog mit Simbabwe

Der Rat erklärte dies in seiner Antwort an den Generalsekretär der Gruppe der AKP-Staaten, Sir John Kaputin.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st10/st10044.de09.pdf>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales

1. Armut in EU weit verbreitet

Im Jahr 2007 lebte ein Drittel der Bevölkerung der EU27 in einem Haushalt, der sich keine unerwarteten Ausgaben leisten konnte. In der EU27 lebten 7% der Bevölkerung in einem Haushalt, der in den letzten 12 Monaten seine Rechnungen für Strom, Wasser oder Gas für die Hauptwohnung nicht fristgerecht bezahlen konnte und 3% lebten in einem Haushalt, der seine Miet- oder Hypothekenzahlungen nicht bezahlen konnte.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/77&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Gesundheit

1. EU-Kommission startet neue Kampagne gegen das Rauchen

Anlässlich des Weltnichtrauchertags startet die Kommission die zweite Phase der Kampagne „HELP – Für ein rauchfreies Leben“. Ab 31. Mai werden europaweit drei neue Fernsehspots auf über 100 Fernsehkanälen einen Monat lang zu sehen sein, und im September werden sie erneut gezeigt. Die Kommission möchte die aktuellen Gesundheitswarnungen im Jahr 2010 erneuern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/848&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

www.help-eu.com (Kampagne)

http://eur-lex.europa.eu/pri/en/oj/dat/2001/l_194/l_19420010718en00260034.pdf (RL Tabakerzeugnisse)

http://ec.europa.eu/health/ph_determinants/life_style/Tobacco/Documents/com_1452_a_en.pdf (Archiv der Kommission mit 42 Bildern)

http://ec.europa.eu/health/ph_publication/eurobarometers_en.htm (Eurobarometer zum Thema Tabak)

http://ec.europa.eu/health/ph_publication/eurobarometers_en.htm (bisherige Maßnahmen)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/252&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/253&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Präsentation des Berichts zur Qualität der Badegewässer in der EU am 11.06.

EU-Umweltkommissar Stavros Dimas präsentiert in einer Pressekonferenz aktuelle Untersuchungsergebnisse zur Qualität von Badeseen, Meeresstränden und Flüssen.

<http://www.eea.europa.eu/themes/water/status-and-monitoring/state-of-bathing-water>

IV. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

a) Ernährung

1. Problem hoher Gewinnmargen in der Nahrungsmittelkette

Polen brachte dieses Problem, unterstützt von 10 anderen Delegationen, im Rat zur Sprache. Die Kommission teilte diese Sorge und kündigte noch vor Jahresende 2009 einen Bericht über das Funktionieren der Nahrungsmittel-Versorgungskette an.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/107995.pdf (Council Agri)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st09/st09854.en09.pdf>

b) Landwirtschaft

1. Strategiepapier der Kommission zu Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse

In ihrer Mitteilung vom 28.05. schlägt die Kommission insbesondere vor: (i) Häufigere Angabe des Erzeugungsorts auf dem Etikett; (ii) gegebenenfalls fakultative vorbehaltene Angaben für „Erzeugnisse der Berglandwirtschaft“ und „traditionelle Erzeugnisse“ festzulegen (evtl. anstelle der „garantiert traditionellen Spezialitäten“; (iii) alle geografischen Angaben (für Wein, Spirituosen sowie Agrarerzeugnisse und Lebensmittel) in einem einzigen Register zusammenzuführen; (iv) Vermarktungsnormen von den Beteiligten im Europäischen Komitee für Normung (CEN) ausarbeiten zu lassen; (v) den weltweiten Schutz geografischer Angaben zu verbessern und aktiv

an internationalen Normen mitzuwirken sowie (vi) Leitlinien zur guten Praxis für private Zertifizierungssysteme aufzustellen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/842&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/agriculture/quality/policy/communication_en.htm

2. Maßnahmen für Milchbauern werden fortgeführt

Auf Antrag von Deutschland, Frankreich und Österreich, unterstützt von 14 weiteren Delegationen, befasste sich der Rat mit der Lage auf dem Milchmarkt. Kommissarin Fischer Boel lehnte eine Wiederaufnahme der Diskussion zum „Gesundheits-Check“ entschieden ab. Die Interventionen wie Exportbeihilfen für Butter und Magermilchpulver könnten aber über den 31.08. hinaus verlängert werden. Die Beihilfe für die Einlagerung von Butter könne über den 15.08. hinaus gewährt werden und das Schulmilchprogramm könne auf gesunde Milchprodukte ausgeweitet werden. Allen Landwirten sollten 70% der Direktzahlungen bereits zum 15. Oktober gewährt werden. Schließlich wolle die Kommission dem Rat ab Juni vierteljährlich über die Lage auf dem Milchmarkt berichten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/107995.pdf (Council Agri)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st10/st10117.en09.pdf>

3. EU-Konjunkturprogramm für ländlichen Raum umgesetzt

Der Rat verabschiedete eine Verordnung und eine Entscheidung wodurch 600 Mio. EUR für die Breitband-Internetversorgung im ländlichen Raum sowie 420 Mio. EUR für die im Gesundheits-Check der Gemeinsamen Agrarpolitik angesprochenen Herausforderungen wie die Umstrukturierung des Milchmarktes bereit gestellt werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/107995.pdf (Council Agri)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st08/st08567.de09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st08/st08568.de09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st09/st09789.de09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st09/st09789-ad01.de09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st09/st09789-ad01re01.de09.pdf>

4. Konferenz zur Agrar- und Ernährungswirtschaft am 09./10.06. in Berlin

Klaus-Dieter Borchardt, der stellvertretende Kabinettschef von EU-Landwirtschaftskommissarin Mariann Fischer Boel, wird im Rahmen des Strategieforums des Handelsblatts „Die Zukunft der Agrarwirtschaft“ einen Vortrag zum Thema „Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Land- und Nahrungsmittelwirtschaft“ halten. Weitere Sprecher sind Alexander Müller (FAO), Staatssekretär Gert Lindemann (BMELV) und der Vorsitzende des Deutschen Bauernbundes, Gerd Sonnleitner. Ferner berichten die Vorstände und Geschäftsführer aus zahlreichen Unternehmen, darunter Baywa und Bayer CropScience.

<http://www.handelsblatt.com/marktplatz/handelsblatt-veranstaltungen/>

c) Fischerei

1. EU-Fischereiminister für Reformen in Gemeinsamer Fischereipolitik

Auf der Basis des Grünbuchs der Kommission zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik sprachen sie sich insbesondere für eine bessere Anpassung der Flottenkapazität an die verfügbaren Bestände und für eine Verringerung der Beifänge aus. Die Kontrollen müssten effektiver werden. Die Beihilferegeln seien zu überholen und die Aquakultur müsse gefördert werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/107995.pdf (Council Agri)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st08/st08977.de09.pdf> (Grünbuch)

2. Unterstützung für Vorschläge zur Verringerung von Beifängen

Der Rat teilte wie schon im Juni 2007 die Sorge der Kommission, dass das Fangen unerwünschter Beifänge von lebenden aquatischen Ressourcen und deren anschließender Rückwurf einer Verschwendung gleichkommt. Kommissar Borg erläuterte, dass verschiedene

Maßnahmen wie selektiveres Fanggerät und generelle Fangbeschränkungen schon unter der bestehenden Gemeinsamen Fischereipolitik umgesetzt werden können. Erste Maßnahmen würden bereits 2009 vorgeschlagen; weitere würden 2010 folgen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/107995.pdf (Council Agri)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st11/st11063.de07.pdf> (Schlussfolgerungen vom 11./12.06.07)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/267&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Statement Commissioner Borg)

3. Vorläufige Anwendung des Fischereiabkommens der EU mit Guinea

Der Rat fasste einen Beschluss über den Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels über die vorläufige Anwendung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Guinea.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st07/st07806.de09.pdf>

V. Binnenmarkt und Wettbewerbsrecht

1. Kooperationsabkommen zwischen der EU und der Republik Korea

Die Europäische Kommission begrüßt die Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens zur Wettbewerbspolitik zwischen der EU und der Republik Korea. Das in Seoul unterzeichnete Abkommen soll durch die engere Kooperation der Europäischen Kommission mit der südkoreanischen Wettbewerbsbehörde eine wirksame Durchsetzung der Wettbewerbsvorschriften fördern. Das Abkommen sieht insbesondere gegenseitige Amtshilfe, die Koordinierung von Durchsetzungsmaßnahmen und regelmäßige bilaterale Treffen vor.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/827&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Steuerbefreiungen bei Wohnsitzverlegung in EU kodifiziert

Der Rat verabschiedete eine entsprechende Richtlinie über Steuerbefreiungen bei der endgültigen Verbringung persönlicher Gegenstände durch Privatpersonen aus einem Mitgliedstaat (kodifizierte Fassung).

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st08/st08687.de09.pdf>

3. Gemeinschaftsunternehmen von SGL Carbon und Brembo genehmigt

Die Europäische Kommission hat der geplanten Schaffung eines Gemeinschaftsunternehmens von SGL Carbon SE Deutschland und Brembo S.p.A. Italien zugestimmt. Das Gemeinschaftsunternehmen wird Bremsscheiben und Bremssysteme auf Karbon-Keramik-Basis entwickeln und herstellen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/841&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/index/m109.html#m_5484

4. Malta vergibt Unternehmensbeihilfen von bis zu 500 000 EUR

Die Europäische Kommission hat eine Beihilfemaßnahme genehmigt, mit der die Republik Malta 2009 und 2010 Beihilfen in Höhe von bis zu 500 000 EUR an finanzschwache Unternehmen vergeben darf.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/820&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VI. Wirtschaft und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Konzept für wettbewerbsfähige und nachhaltige Industriepolitik in EU

In ihren Schlussfolgerungen für ein integriertes Konzept für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Industriepolitik in der Europäischen Union betonen die EU-Wirtschaftsminister, dass die derzeitigen Krisenmaßnahmen unter Beachtung der geltenden europäischen

Beihilferegeln und ohne Verzerrung des Wettbewerbs auf dem Binnenmarkt durchgeführt werden müssen. Die Krise sollte für einen Übergang in eine wissensbasierte, sichere und nachhaltige Wirtschaft genutzt werden. Ziel der Rettungsmaßnahmen für die Banken müsse die Wiederaufnahme der normalen Ausleihfähigkeit sein. Besondere Bedeutung komme der chemischen Industrie, der elektrischen und elektronischen Industrie sowie der Automobilindustrie zu.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st10/st10082.de09.pdf>

2. Rat erörtert Fortschritte von KMU-Politik

Die EU-Wirtschaftsminister befassten sich am 28.05. auf Grundlage eines Fragenkataloges des Vorsitzes mit einem Fortschrittsbericht der EU-Kommission. Danach kommt es vor allem auf einen besseren Zugang der KMU zu Krediten, ein günstiges regulatorisches Umfeld und einen besseren Marktzugang an.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/108158.pdf (Council Comp.)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st10/st10283.en09.pdf> (Progress report)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st09/st09645.de09.pdf> (Fragenkatalog des Vorsitzes)

3. Entbürokratisierung bleibt wichtiges Ziel der EU

In ihren Schlussfolgerungen begrüßen die EU-Wirtschaftsminister, dass die Kommission nun für 140 der 185 Initiativen des fortlaufenden Vereinfachungsprogramms zur Aktualisierung, Modernisierung und Vereinfachung des Gemeinschaftsrechts entsprechende Vorschläge unterbreitet hat. Weitere 81 Initiativen mit Vereinfachungspotenzial seien ermittelt. 48 Vereinfachungsvorschläge seien von Rat und EP endgültig angenommen worden. Die Kommission sollte auch künftig das Konzept der besseren Rechtsetzung als ein zentrales Anliegen mit hoher Priorität betrachten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/108158.pdf (Council Comp.)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st09/st09663.de09.pdf> (Schlussfolgerungen)

4. Wachstum der Schwellenländer auf Kosten der Industriestaaten

In einer Rede am 27.05. gab EZB-Direktionsmitglied Lorenzo Bini Smaghi zu bedenken, dass die neoklassische Außenhandelstheorie wonach das Wachstum in dem einen Staat auch den anderen zugute komme, nicht mehr gelte. Hohe Sparquoten in Ländern wie China führten dazu, dass Einkommenswachstum sich nicht in Konsum und damit auch nicht in Importen niederschlage. Hinzu kämen Protektionismus, Unterbewertung der Währungen und ein Nachfragedruck auf weltweit knappe Ressourcen wie Rohstoffe. Hohe Produktivitätsfortschritte der Schwellenländer in Sektoren mit hoher Wertschöpfung hätten Industrieländer gezwungen, sich auf Sektoren mit niedrigerer Produktivität und damit niedrigerem Einkommen zu spezialisieren. Hinzu kämen erhebliche Anpassungskosten der Industrieländer bei der Umstellung auf die neue Wettbewerbssituation.

<http://www.ecb.int/press/key/date/2009/html/sp090527.en.html>

5. Inflationsrate der Eurozone auf 0,0% geschätzt

Die jährliche Inflationsrate der Eurozone für Mai 2009 wird auf 0,0% vorausgeschätzt. Dies geht aus einer veröffentlichten Vorausschätzung von Eurostat hervor. Im April lag die Rate bei 0,6%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/78&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

6. Wirtschaftsklima verbessert sich nach historischem Tief

Im Mai erholte sich der "Economic Sentiment Indicator (ESI)" für die EU und die Eurozone den zweiten Monat nacheinander, allerdings auf sehr niedrigem Niveau und weniger stark als im April. Der ESI stieg um 2,8 Punkte in der EU und um 2,1 Punkte in der Eurozone auf 66,7 bzw. 69,3 Punkte.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/843&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

7. Geschäftsklimaindikator verbessert sich ebenfalls im Mai

Der "Business Climate Indicator (BCI)" für die Eurozone nahm im Mai erneut zu, allerdings weniger stark als im April. Erstmals seit Mai 2008 gab es damit eine zwei Monate dauernde Verbesserung. Das Niveau bleibt jedoch weiterhin nahe dem historischen Tiefstand.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/844&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

8. Auftragseingänge in der Industrie der Eurozone gefallen

In der Eurozone (EZ16) ist der Index der Auftragseingänge in der Industrie im März 2009 gegenüber dem Vormonat um 0,8% gefallen. Im Februar blieb der Index stabil. In der EU27 fielen die Auftragseingänge im März 2009 um 0,7%, nachdem sie im Februar um 1,2% abgenommen hatten. Im Vergleich zum März 2008 nahm der Index der Auftragseingänge in der Industrie im März 2009 in der Eurozone um 26,9% und in der EU27 um 25,5% ab.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/76&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

9. Künftige ungarische Ratspräsidentschaft zur neuen Lissabon-Strategie

Die ungarische Delegation berichtete im Rat Wettbewerbsfähigkeit am 28.05. über eine zur Vorbereitung der ungarischen Ratspräsidentschaft 2011 abgehaltene Konferenz zur Lissabon-Strategie nach 2010. Die Teilnehmer sein sich einig gewesen, dass politische Führung auf EU-Ebene entscheidend sei, da nationale Politiken nicht ausreichen. Notwendig seien ein paar eindeutige Prioritäten, nämlich nachhaltige Wirtschaft, Innovation, Modernisierung der öffentlichen Dienste und Reform der Finanzdienstleistungen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st10/st10286.en09.pdf>

b) Energie

1. Kommissar Piebalgs bei G8-Energieministertreffen am 24./25.05. in Rom

Energiekommissar Andris Piebalgs auf diesem Treffen ein klares Preissignal auf einem offenen, transparenten Markt gefordert, um das Vertrauen auf den weltweiten Energiemärkten wiederherzustellen und die Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise zu mildern. Vor diesem Hintergrund habe sich die Europäische Kommission für klare Binnenmarkt-Regeln, einen CO₂-Preis und klare Ziele für erneuerbare Energien und die Energieeffizienz eingesetzt, "so das Kommissionsmitglied.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/830&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

c) Finanzen

1. Diskussion über Zukunft nach der Finanzkrise

In einer Rede am 27.05. wies EZB-Vizepräsident Lucas Papademos darauf hin, dass die öffentliche Verschuldung der Euro-Länder von 69% in 2008 auf fast 78% in 2009 steigen werde. Dadurch würden die Konsolidierungsbemühungen eines ganzen Jahrzehnts ausgelöscht. Der Rückgang der Wirtschaftstätigkeit habe sich im 2. Quartal 2009 aber verlangsamt und 2010 sei mit einer allmählichen Erholung zu rechnen. Die EZB sehe eine graduelle Abkehr von ihrer Politik der niedrigen Zinsen und der unbegrenzten Liquiditätsversorgung vor. Es komme aber auch darauf an, dass die Regierungen eine Strategie für die Beendigung der Hilfen für die Banken und der fiskalischen Anreizmaßnahmen fänden

Bis Anfang Mai hätten die Großbanken im Euroraum 179 Mrd. USD abschreiben müssen, gleichzeitig aber öffentliches und privates Kapital in Höhe von 192 Mrd. USD erhalten. Hinzu kämen 300 Mrd. EUR Staatsgarantien. Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) wonach der potenzielle gesamte Abschreibungsbedarf der Banken 750 Mrd. USD erreichen könne, seien überhöht.

http://www.ecb.int/press/key/date/2009/html/sp090527_1.en.html

2. Widerstand gegen neue Pensionsregelungen für Personal der EZB

Am 5. Mai 2009 beschloss der EZB-Rat, das Alterssicherungssystem für Mitarbeiter der EZB zu ändern. Diese Änderungen, die am 1. Juni 2009 wirksam werden, werden in den revidierten Anhang III der Beschäftigungsbedingungen für das Personal der Europäischen Zentralbank aufgenommen. Nach Presseberichten sollen die Beiträge steigen, die Leistungen sinken und Frühverrentungen erschwert werden. Die EZB halte dies angesichts der steigenden Lebenserwartung der Ruheständler und wegen der zunehmenden Schwierigkeiten, bei den allgemein niedrigeren Zinsen die nötigen Renditen zu erwirtschaften, für erforderlich. Die Gewerkschaft IPSO (International and Public Services Organisation), die 460 der etwa 1500 EZB-Mitarbeiter vertritt, hat für den 03.06. zwischen 16 und 17.30 Uhr einen Warnstreik angekündigt.

<http://www.ecb.int/press/govcdec/otherdec/2009/html/gc090522.de.html>

3. EU-Solidaritätsfonds hilft nach Sturm „Klaus“ in Frankreich

Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat am 29.05. bestätigt, dass die Europäische Kommission als Reaktion auf die Schäden, die der Sturm „Klaus“ im Januar 2009 im Südwesten Frankreichs verursachte, einen Vorschlag zur Bereitstellung von 109,4 Mio. EUR angenommen hat.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/850&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

http://ec.europa.eu/regional_policy/funds/solidar/solid_de.htm

4. EZB lockert Anforderungen an Sicherheiten bis Ende 2010

Am 7. Mai 2009 beschloss der EZB-Rat, die am 15. Oktober 2008 in einer Pressemitteilung bekannt gegebene vorübergehende Ausweitung des Verzeichnisses der notenbankfähigen Sicherheiten bis Ende 2010 zu verlängern.

<http://www.ecb.int/press/govcdec/otherdec/2009/html/gc090522.de.html>

<http://www.ecb.int/press/pr/date/2008/html/pr081015.en.html> (PM 15.10.2008)

5. EZB-Präsident Trichet für integrierten Massenzahlungsverkehr

In einer Rede am 25.05. wies der Präsident der Europäischen Zentralbank darauf hin, dass die Banken ein Viertel ihres Umsatzes mit Zahlungsgeschäften erzielten, die allerdings auch ein Drittel der Kosten im operativen Geschäft ausmachten. Diese Kosten ließen sich durch eine Integration der fragmentierten Märkte für das Massenzahlungsgeschäft verringern. Die EU-Kommission und das Eurosystem unterstützten die Einführung des Einheitlichen Eurozahlungsraumes (SEPA). Anders als beim Großbetragszahlungssystem (TARGET2) und anders als einige Zentralbanken im Euroraum wollten die EZB und das Eurosystem aber nicht ein Zahlungssystem für das Massengeschäft betreiben, sondern als Katalysatoren für eine Integration der Märkte wirken.

<http://www.ecb.int/press/key/date/2009/html/sp090525.en.html>

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Rat noch nicht einig bei Europäischer Privatgesellschaft

Nach dem im Rat Wettbewerbsfähigkeit am 28.05. präsentierten Sachstandsbericht ist insbesondere die Beteiligung der Arbeitnehmer noch strittig. Noch nicht ausdiskutiert sind ferner die Einführung eines grenzüberschreitenden Elements, das Mindestkapital, die Garantien und die Pflichten der Geschäftsführer.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/108158.pdf (Council Comp.)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st09/st09658.en09.pdf> (Progress report)

2. Zwangsvollstreckungsgericht muss Schiedsvereinbarung prüfen

In einem Fall aus Spanien vertrat Generalanwältin Verica Trstenjak vor dem Europäischen Gerichtshof die Auffassung, dass das Gericht, das über einen Antrag auf Zwangsvollstreckung aus einem in Abwesenheit des Verbrauchers ergangenen rechtskräftigen Schiedsspruch zu entscheiden hat, die Frage der Nichtigkeit der Schiedsvereinbarung von Amts wegen zu prüfen und in der Folge den Schiedsspruch aufzuheben hat, wenn die Schiedsvereinbarung seiner Auffassung nach eine missbräuchliche Klausel zum Nachteil des Verbrauchers enthält.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de> (Az. C-40/08 einfügen)

b) Inneres

1. Erleichterte Einreise für Hochqualifizierte („Blue Card“)

Der Rat verabschiedete nach Einigung mit dem EP die Richtlinie über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung. Der Erhalt der „Blue Card“ setzt einen Arbeitsvertrag oder eine Beschäftigungszusage mit einem Einkommen, das dem 1,5fachen des durchschnittlichen Bruttojahresgehalts in dem jeweiligen Mitgliedstaat entspricht, voraus.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st17/st17426.de08.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st17/st17426-co01.de08.pdf>

2. Visumbefreiungs-Abkommen mit AKP-Inselstaaten unterzeichnet

Kommissionsvizepräsident Jacques Barrot und die stellvertretende tschechische Außenministerin Helena Bambasová unterzeichneten am 28.05. gemeinsam mit Vertretern von Antigua und Barbuda, den Bahamas, Barbados, Mauritius, den Seychellen sowie St. Kitts und Nevis Abkommen über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/846&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Aktionsplan zur Drogenbekämpfung zwischen EU und Zentralasien

Der Rat billigte einen Plan zur Vorlage beim Ministertreffen der EU mit Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan am 29./30.05. in Duschanbe.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/107995.pdf (Council Agri)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st09/st09961.en09.pdf>

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

1. Stärkung der nationalen Gerichte bei Anwendung des EU-Umweltrechts

In Anerkennung der Rolle der innerstaatlichen Richter bei der Umsetzung des EU-Umweltrechts hat die Europäische Kommission ein Programm der Zusammenarbeit mit den einzelstaatlichen Richtern gestartet. Das erste Seminar dieses Programms fand am 28./29.05. in der bulgarischen Hauptstadt Sofia statt. An dem Seminar nahmen Richter aus Bulgarien und neun anderen Mitgliedstaaten, darunter Frankreich, Deutschland und Litauen, teil.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/835&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/environment/legal/implementation_en.htm

b) Verkehr

1. Konferenz zur Schienenverbindung Rotterdam-Genua

Kommissionsvizepräsident Antonio Tajani ist am 27.05. in Genua mit den Verkehrsministern der Niederlande, Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, der Schweiz und Italiens beziehungsweise mit deren Vertretern zusammengetroffen, um die Verwirklichung der vorrangigen Eisenbahnverbindung Rotterdam-Genua voranzutreiben. Der Schienengüterverkehrskorridor A Rotterdam-Genua ist wichtiger Bestandteil der vorrangigen Verkehrsachse Nr. 24 und wird

voraussichtlich einer der ersten sechs wichtigen Korridore dieser Art sein, die mit dem Europäischen Eisenbahnverkehrssystem (ERTMS) ausgerüstet werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/833&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/249&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

IX. Medien und Informationsgesellschaft

1. Fortschritte bei europaweiten Musiklizenzen

EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes hat die Fortschritte gelobt, die bislang beim Runden Tisch über Internethandel mit Blick auf europaweite Musiklizenzen erzielt worden sind. Die französische Musikverwertungsgesellschaft SACEM will andere Verwertungsgesellschaften mit der europaweiten Lizenzvergabe für ihr Repertoire betrauen und für Musikverlage und andere Verwertungsgesellschaften als Gesellschaft für die Verwaltung nicht-ausschließlicher Rechte tätig werden. EMI ist bereit, Verwertungsgesellschaften damit zu betrauen, sein Repertoire im gesamten Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) anzubieten. Apple erwägt, seine Inhalte auch Verbrauchern in EU-Mitgliedstaaten ohne iTunes anzubieten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/832&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/competition/consultations/2009_online_commerce/roundtable_report_en.pdf

2. Europäische Fernsehsendungen und Filme beliebt

Laut einer unabhängigen Studie, die im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt wurde, machen europäische Werke fast drei Viertel der Hauptsendezeit der europäischen Fernsehkanäle aus.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/840&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/avpolicy/info_centre/library/studies/index_en.htm#eurworks

3. Deutschland fordert EU zu Vorgehen gegen "Google-Books" auf

Nach Auffassung der Bundesrepublik hat Google ohne vorherige Zustimmung der Rechtsinhaber Bücher aus US-amerikanischen Bibliotheken, darunter auch solche von europäischen Autoren, eingescannt und die digitalen Kopien für den Aufbau einer Datenbank genutzt (sog. Google Books"-Projekt). Der Rat forderte die Kommission zu einer Stellungnahme auf.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st10/st10221.de09.pdf>

X: Bildung, Forschung, Kultur

1. Weltraumrat fordert Anwendungen von EGNOS, Galileo und GMES

Beim 6. „Weltraumrat“ zwischen den Weltraumministern der EU und der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) am 29.05. waren sich die Minister darüber einig, dass das Potenzial des Weltraums für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation ausgeschöpft werden müsse. In einer Entschließung bekräftigten die Minister, dass Europa einen eigenständigen Zugang zum Weltraum, ein eigenes wissenschaftliches Programm von Weltraum und seine führenden Satellitenanwendungen im Bereich operativer meteorologischer Dienste und kommerzieller Kommunikationsdienste sowie eine nachhaltige Technologiebasis benötige.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/108158.pdf (Council Comp.)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st13/st13569.de08.pdf> (Entschließung)

2. Rechtsrahmen für eine Europäische Forschungsinfrastruktur (ERI)

Der Rat erzielte eine politische Einigung über eine Verordnung des Rates über den gemeinschaftlichen Rechtsrahmen für eine Europäische Forschungsinfrastruktur (ERI). Hierdurch können mehrere Mitgliedstaaten in einem vereinfachten Verfahren gemeinsame Einrichtungen mit einem einheitlichen Statut schaffen. Zuletzt wurde auch eine Lösung für steuerliche Fragen gefunden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/108158.pdf (Council Comp.)
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st12/st12259.de08.pdf> (Verordnung)
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st12/st12259-ad02.de08.pdf>

3. Erste Schritte zur Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums

Nach den Schlussfolgerungen der EU-Forschungsminister vom 25.05. zur Verwirklichung der "Vision 2020" für den Europäischen Forschungsraum hängt die vollständige Verwirklichung der "Vision 2020" für den EFR stark davon ab, dass bei der Durchführung des Ljubljana-Prozesses rasche Fortschritte erzielt werden. Sie würdigen den Einfluss, den FuE-Zielvorgaben und -Indikatoren als Teil eines breiteren Instrumentariums im Kontext der Lissabon-Strategie ausüben können, und ihren Einfluss auf die Stimulierung politischer Reformen und auf höhere öffentliche Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st09/st09956.de09.pdf> (Schlussfolgerungen)

4. Zusätzliches Forschungsprogramm für Hochflussreaktor

Der Rat traf eine entsprechende Entscheidung zur Annahme eines von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden zusätzlichen Forschungsprogramms („High Flux Reactor“) in Petten

(Niederlande). <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st09/st09646.de09.pdf>

5. Erasmus Mundus Aktionsprogramm in EWR-Abkommen aufgenommen

Der Rat beschloss eine entsprechende Vorlage für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss zur Änderung von Protokoll 31 zum EWR-Abkommen über die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen außerhalb der vier Freiheiten.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st09/st09252.de09.pdf>

XI: Sonstiges

1. PRESSEUROP.EU - neue Presseschau über die Europäische Union

Die EU-Kommission lancierte ein Netzwerk verschiedener Unternehmen der Pressewelt, deren Journalisten sich unabhängig von den EU-Institutionen eine thematisch breit gefächerte Berichterstattung zum europäischen Projekt zur Aufgabe machen. Hierdurch soll die EU durch die Presselandschaft ihrer 27 Länder dargestellt werden. Es sollen aber auch die für die Aufnahme in die Europäische Union kandidierenden Länder und der Rest der Welt berücksichtigt werden. Ziel ist es, zur Entwicklung einer gut informierten Demokratiedebatte innerhalb der EU beizutragen.

<http://www.presseurop.eu/de>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/248&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>